

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
16. Februar 2017

Protokoll Nr. 4

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 10. November 2016, 15.15–16.50 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Katharina Hubacher

Präsenz:
Anwesend sind 43–44 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Adrian Albisser, Ivo Durrer, Laura Kopp, Judith
Dörflinger Muff für die ganze Sitzung;
Marco Müller ab 16.15 Uhr

Der **Stadtrat** ist vollzählig anwesend.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	2
2. Bericht 22/2016 vom 21. September 2016: Sicherheit in Luzern – Sicherheitsbericht 2016	3
3. Bericht und Antrag 23/2016 vom 21. September 2016: Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen; Änderung	12
4. Bericht und Antrag 20/2016 vom 24. August 2016: Projekt: Sportarena Allmend Luzern; Abrechnung des Sonderkredits gemäss B+A 23/2008	17

Eingänge

1. Einladung zur 5. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 24. November 2016
2. Einladung 4 Geschäftsprüfungskommission vom 17. November 2016
3. Einladung 4 Baukommission vom 17. November 2016
4. Einladung 3 Bildungskommission vom 17. November 2016
5. Protokoll 2 Grosser Stadtrat vom 29. September 2016
6. Protokoll 2 Geschäftsprüfungskommission vom 20. Oktober 2016
7. Protokoll 2 Baukommission vom 20. Oktober 2016
8. Protokoll 2 Bildungskommission vom 20. Oktober 2016
9. Protokoll 2 Sozialkommission vom 20. Oktober 2016
10. Bericht und Antrag 25/2016 vom 19. Oktober 2016: „Attraktive Bahnhofstrasse Luzern. Bericht zum Stand des Projekts und Ausblick. Projektierungskredit 2. Phase (Bauprojekt/Auflageprojekt Bahnhofstrasse und Theaterplatz)“
11. Bericht und Antrag 26 vom 19. Oktober 2016: „Abrechnung von Sonderkrediten“
12. Bericht und Antrag 27 vom 19. Oktober 2016: „Abschreibung von Motionen und Postulaten“
13. Bericht und Antrag 28 vom 19. Oktober 2016: „Entwicklungsareal Eichwaldstrasse. Baurechtsvertrag betreffend die Abgabe von Grundstück 3961, GB Luzern, linkes Ufer, an die SBL Wohnbaugenossenschaft Luzern“
14. Interpellation 15, Peter With namens der SVP-Fraktion vom 24. Oktober 2016: „Sicherstellung von zu viel ausgerichteten Restfinanzierungsbeiträgen in der Pflegefinanzierung“
15. Interpellation 16, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion vom 25. Oktober 2016: „Was tut die Stadt gegen das Lädelerben?“
16. Postulat 17, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2016: „Für eine gute Versorgung mit Postdienstleistungen in den Quartieren“
17. Antwort auf die Dringliche Interpellation 10, Simon Roth und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016: „Auswirkungen des kantonalen ‚Konsolidierungsprogramms‘ auf die Finanzen und Leistungen der Stadt Luzern“

Beratung der Traktanden

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Katharina Hubacher begrüsst alle Anwesenden zur Sitzung. Im Rahmen des heutigen Zukunftstags verfolgen zwei Kinder die Ratssitzung, und auch eine Lernende ist mit dabei – herzlich willkommen.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Deckblatt).

2. Bericht 22/2016 vom 21. September 2016: Sicherheit in Luzern – Sicherheitsbericht 2016

EINTRETEN

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 20. Oktober den Sicherheitsbericht 2016 beraten und zustimmend zur Kenntnis genommen bzw. den externen Bericht zur Kenntnis genommen. Die Stadt Luzern erarbeitet seit 2007 alle drei Jahre einen Sicherheitsbericht. Die GPK hat sich gefragt, ob dieser Rhythmus Sinn macht, oder ob allenfalls auch ein grösserer Abstand zwischen den einzelnen Berichten möglich wäre. Der Stadtrat konnte aber aufzeigen, dass der Rhythmus Sinn macht, vor allem auch um neue Risiken zu erkennen und Massnahmen effektiv umzusetzen, d. h. für das Controlling dieser Massnahmen. Der Sicherheitsbericht 2016 gibt einen Überblick darüber, wie die Massnahmen aus den früheren Sicherheitsberichten umgesetzt wurden. Ein Grossteil der Massnahmen wurde umgesetzt, was die GPK positiv zur Kenntnis genommen hat. Allerdings bestehen vor allem bei den grossen Risiken noch recht grosse Umsetzungslücken und z. T. auch Kompetenzgerangel zwischen der Stadt und dem Kanton Luzern. Die GPK hat deswegen insbesondere den Umsetzungsgrad der Massnahmen zur Bekämpfung eines Stromausfalls und einer Pandemie diskutiert, das sind die beiden grössten Sicherheitsrisiken. Schlussendlich wurde auch noch das neu im Sicherheitsbericht 2016 vertiefte Thema Sicherheit und Alter diskutiert.

René Peter: Vorab darf man feststellen, dass sich die Luzerner Bevölkerung in einem hohen Ausmass sicher fühlt. Luzern ist eine sichere Stadt, auch für ältere Menschen. Beim Bericht 2016 handelt es sich um ein Update mit dem Schwerpunkt Sicherheit im Alter und mit einer Beilage „Arealanalyse der Fasnacht Luzern“. Erfreulicherweise sind 84 % der Massnahmen aus den Berichten 2007, 2010 und 2013 umgesetzt, in Umsetzung, oder aber es besteht kein Handlungsbedarf. Die Einschätzung der Risiken hat sich gegenüber 2013 nicht gross verändert; die Risiken sind grösstenteils gleich geblieben. Klar gibt es immer überall Verbesserungspotenzial, aber es herrscht eine weitgehend stabile Sicherheitslage. Im Bericht ist erwähnt, dass die grössten Risiken weiterhin Stromausfall und Pandemie sind. Diese Massnahmen müssten mit erster Priorität umgesetzt werden. Leider fehlen für die Umsetzung aber verbindliche Terminangaben.

Der Arealanalyse der Fasnacht ist zu entnehmen, dass die Fluchtwege nicht markiert sind, Sanitätsposten fehlen, und das Fasnachtstreiben Unter der Egg mit Risiken behaftet ist. Deshalb kann die FDP-Fraktion Verbesserungen dieser Situation für die Zukunft nur begrüssen. Die FDP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Sicherheitsbericht.

Laurin Murer: Sicherheit ist ein wichtiges Thema für ein Gemeinwesen, und der Sicherheitsbericht ein wichtiges Instrument, um die Sicherheit zu entwickeln. Darum dankt die G/JG-Fraktion dem Stadtrat für die Aktualisierung. Die Fraktion findet es wichtig, dass der Bericht regelmässig und oft aktualisiert wird, und hält die Aufteilung zwischen der dreijährlichen Aktualisierung und der sechsjährlichen vollständigen Überarbeitung sowie auch das jeweilige Setzen eines Schwerpunkts für gut. Diesmal hat sich die Stadt Luzern mit Sicherheit im Alter auseinandergesetzt, auch das begrüsst die G/JG-Fraktion. Im Detail ist die Fraktion mit allen neuen Massnahmen einverstanden und freut sich auch darüber, dass ein Grossteil der Mass-

nahmen aus den Berichten der letzten Jahre umgesetzt wurde. Es stört sie nur, dass einige der letzten Massnahmen dem Sparpaket zum Opfer gefallen sind. Die G/JG-Fraktion findet es nach wie vor falsch, bei der Sicherheit zu sparen. Sie hofft natürlich, dass die schlimmsten Risiken nie, und die anderen nur sehr selten eintreten werden. Die Fraktion möchte sich aber lieber nicht auf diesen Wunsch verlassen, sondern auf die Risiken vorbereitet sein und/oder versuchen, die Eintretenswahrscheinlichkeit zu reduzieren. Dabei ist es wichtig, dass in der Risikomatrix (im externen Bericht auf Seite 40, 41) der Fokus nicht nur auf die gelbe Zone rechts gelegt wird, wo die Risiken schlimm, aber eher unwahrscheinlich sind, sondern auch auf den oberen Bereich, wo die Risiken nicht ganz so schlimm sind, dafür aber regelmässig eintreten. Beispielsweise tritt das Risiko eines Unfalls im Fuss- und Veloverkehr gemäss Schätzung der Experten 10- bis 100-mal pro Jahr auf. Diesbezüglich hat die Stadt Luzern schon einiges gemacht und arbeitet auch aktuell daran. Der G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass das auch weiterhin so bleibt. Im Weiteren vernetzt sich die Stadt Luzern mit anderen Städten im Thema Sicherheit, das findet die Fraktion sehr gut, denn Luzern teilt viele Risiken mit anderen Städten, und es ist sicher gut, vom gegenseitigen Know-how profitieren zu können. Gut findet die Fraktion auch die Arealanalyse der Fasnacht und das Crowdmanagement, und dass bereits sehr konkrete Massnahmen dabei herausgekommen sind, welche sogar schon priorisiert wurden und z. T. schon an der nächsten Fasnacht umgesetzt werden. Das ist super. Enttäuscht ist die G/JG-Fraktion von den Grenzen der Sicherheitsbetrachtung. Der Bericht hört bei der Haustüre auf und enthält keine Betrachtung der sozialen Sicherheit. Eine Betrachtung der häuslichen Gewalt fehlt vollständig, obwohl eine solche schon beim letzten Bericht gewünscht war. Der Sprechende bittet, das Thema möge zumindest bei der nächsten vollständigen Überarbeitung berücksichtigt werden.

Zum Schluss möchte der Sprechende noch einige einzelne Massnahmen betrachten:

Die G/JG-Fraktion hat ein Problem mit dem Risiko „Flüchtlingswelle“ bzw. vor allem mit dem Begriff. Bei diesem Thema liegt das Risiko grundsätzlich nicht in der Stadt Luzern, sondern dort, wo die Leute herkommen; dort ist das Risiko gross.

Im Bericht steht, das Risiko eines Kernkraftwerkunfalls habe sich nicht verändert. Na ja, die Kernkraftwerke sind jetzt nochmal ein paar Jahre älter geworden und jetzt stehen definitiv die ältesten KKW der Welt in der Schweiz. Doch der Sprechende hat gute Neuigkeiten: Am 27. November besteht die Gelegenheit, das Risiko mit dem – gemäss der Einteilung durch die Experten – höchsten Schadensmass, langfristig zu minimieren. Der Sprechende ruft dazu auf, der Initiative für den Atomausstieg zuzustimmen.

Die G/JG-Fraktion wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion bedankt sich für den externen Sicherheitsbericht und den zusammenfassenden B 22/2016 der Stadt Luzern. Die Fraktion hat beide Berichte mit Interesse und aufmerksam gelesen. Sicherheit ist ein sehr wichtiges, sehr ernst zu nehmendes Thema. Mit den Sicherheitsberichten und gerade jetzt befindet man sich im Status des Sicherheitsmanagements, wo man generell bleiben kann, umfassend, sachlich, analysierend, beurteilend, Massnahmen planend. Dabei wird aber ein anderer Status aussen vor gelassen, nämlich jener der Betroffenheit. Sobald man selber von irgendeinem Beispiel betroffen ist, hat man eine individuelle Sicht, und bekanntlich sind dann auch viele Emotionen im Spiel.

Der Sprechende hat sich überlegt, welche Ereignisse er in den letzten drei Jahren persönlich erlebt oder mitbekommen hat (die Aufzählung ist nicht chronologisch): Gerade kürzlich, vor

zwei oder drei Monaten, kam es auf dem Vierwaldstättersee zu einer Kollision zweier Dampfschiffe. Dieses Ereignis ist im Sicherheitsbericht als sehr selten eingestuft, aber es passiert eben doch. In den letzten zwei, drei Jahren hatte die Armee drei Flugzeugabstürze zu verzeichnen – zwei in der Nähe und einen in Holland. Zudem stürzte diesen Sommer auf der Gotthardpassstrasse ein Helikopter ab. 2015 haben alle eine Schachtel Kalium-Iodid-Tabletten erhalten – auch eine Massnahme für ein im Bericht erwähntes Risiko. 2015 wurde ein Kind des Sprechenden nachts auf der Langensandbrücke überfallen. Und 2014 wurde bei einer nahen Bekannten eingebrochen; sie hat dabei allen Goldschmuck verloren.

Mit diesen Ereignissen im Hinterkopf liest man den Bericht kritischer, etwa wenn es heisst, die Überfälle oder Einbrüche seien zurückgegangen, und sieht es anders, als wenn man es als Sicherheitsmanager abhandeln würde.

Nun aber wieder zurück zum Status des Sicherheitsmanagers: Wie schon letztes Mal findet die GLP-Fraktion, dass die beiden Sicherheitsberichte einen guten Überblick zum Thema Sicherheit geben. Bei fünf Gefährdungen heisst es, das Risiko sei gesunken, und bei zwei anderen sei es tendenziell gestiegen. Die Fraktion kann das nachvollziehen.

Bei einigen Punkten könnte der Sprechende wiederholen, was er vor drei Jahren schon gesagt hat, er tut es aber nur bei einem Punkt. Der Vorredner hat es auch schon gesagt: Seit Fukushima müsste die Gefahr eines AKW-Unfalls deutlich höher abgebildet sein, als der Bericht es tut. Darin heisst es, das komme nur alle 10'000–100'000 Jahre vor. Das Potenzial in der Nähe und im nahen Ausland (Frankreich) ist aber viel grösser. Das Schöne ist diesmal, dass mit einem Ja an der Abstimmung vom 27. November ein Schritt gemacht werden kann, damit das Risiko 2030, 2040 etwas kleiner wird.

Generell könnten Massnahmen in den Bericht aufgenommen werden für seltene Gefährdungen mit hohem Schadensausmass, bei denen man es selber in der Hand hätte, die Häufigkeit auf null zu setzen. So wurde z. B. diesen Sommer die Flugshow beim Verkehrshaus aus Respekt vor einem Absturz abgesagt. Danach war das Risiko eines solchen Ereignisses auf null gesunken. Man sollte vermehrt versuchen, nicht zwingend nötige Risiken von Anfang an auszuschliessen.

Generell findet die GLP-Fraktion den vorliegenden Bericht gut, sie wird eintreten und ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Simon Roth: Die SP/JUSO-Fraktion dankt für die Aktualisierung und die Ergänzungen des Sicherheitsberichts der Stadt Luzern. Die im Rahmen des Sicherheitsberichts vorgenommene Fokussierung auf die Bereiche Gesundheit und Sicherheit im Alter sowie Crowdmanagement im Bezug auf die Fasnacht ist für die Fraktion plausibel. Wie bereits bei der letzten Behandlung vor drei Jahren erwähnt, scheinen der Fraktion die Risiken im Strassenverkehr und insbesondere natürlich in Bezug auf den Langsamverkehr immer noch zu tief geschätzt. Mehr noch als diese Einschätzung stört die Fraktion aber – auch das wurde vor drei Jahren bereits gesagt – das vollständige Fehlen des Themenbereichs häusliche Gewalt. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet deshalb vom Stadtrat im Rahmen des nächsten Sicherheitsberichts eine Fokussierung auf diesen Bereich. Vielleicht kann beispielsweise auch geprüft werden, ob die bestehenden Angebote genügend bekannt sind, oder wie der Schutz für betroffene Kinder verbessert werden könnte. Nach wie vor ist die Fraktion überzeugt, dass der Sicherheitsbericht eine gute Sache ist. Das insbesondere deshalb, weil die verschiedenen Personen, die es für die Erarbeitung braucht, sich im Zuge dieser Arbeit gegenseitig kennenlernen und lernen, was und wie die

anderen es machen.

Der Bericht selber überzeugt die SP/JUSO-Fraktion hingegen nicht in allen Belangen, so werden Migrantinnen und Migranten mehrfach als Gefahrenpotenzial betrachtet, und mit dem Begriff „Flüchtlingswelle“ werden schutzsuchende Menschen als eine Naturgewalt dargestellt. Warum spricht man da nicht einfach von steigenden Flüchtlingszahlen? Dabei bleibt aber immer noch die Frage, warum diese eigentlich die Sicherheit gefährden sollten. Sind das nicht eher genau jene Personen, die selber gefährdet sind?

Auch dass jetzt ein Einzelereignis aus Köln stärker in den Fokus genommen werden soll, erschliesst sich der SP/JUSO-Fraktion nicht ganz. Sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum gibt es leider unabhängig davon, auch in der Stadt Luzern.

So oder so, die SP/JUSO-Fraktion wird auf den vorliegenden Bericht eintreten und ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen. Den extern erstellten Bericht wird sie ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Mario Willimann: Es ist erfreulich, dass die Stadt Luzern grundsätzlich sicher ist, obwohl sie als Zentrum der Zentralschweiz und als Tourismusdestination viele Besucher anzieht und einem hohen Nutzungsdruck unterliegt. Trotzdem weist die SVP-Fraktion auf ihres Erachtens grosse Gefahren hin und hinterfragt gewisse Beurteilungen, wie z. B. die Eintretenswahrscheinlichkeit in mehreren Fällen des Berichts. Sie hinterfragt auch einige ungeklärte Risiken, z. B., dass die Stadt Luzern über kein Löschboot verfügt, das bei einem Zwischenfall mit einem grösseren Verkehrs- oder Transportschiff eingesetzt werden könnte. Joseph Schärli wird sich im Detail noch dazu äussern. Weiter sieht die SVP-Fraktion eine eher grosse Gefährdung der Sicherheit durch einen grossflächigen Stromausfall. Die Eintretenswahrscheinlichkeit wurde im Bericht als klein (alle 10 bis 100 Jahre) eingestuft. Wenn über mehrere Stunden der öffentliche Verkehr ausfiele, und die Infrastruktur zum Erliegen käme – gäbe das nicht chaosartige Zustände in der Stadt Luzern? Das Erliegen der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur bringt nach Meinung der Fraktion wie ein Stromausfall auch sehr hohe Risiken mit sich, vor allem: Was passiert, wenn beide erwähnten Fälle eintreffen, was bei einem Stromausfall ja sehr wahrscheinlich ist? Gerade die Kommunikationswege erachtet die Fraktion als sehr wichtig. Heute, wo man Informationen ausschliesslich über elektronische Medien bezieht, ist es wichtig, für Krisensituationen eine Alternative bereit zu haben und z. B. mit definierten Sammelpunkten und Notstromaggregaten ausgerüstet zu sein. Eine Vorinformation der Bevölkerung wäre auch notwendig, damit sie weiss, wohin sie in solchen Situationen gehen soll. Als gut erachtet die Fraktion, dass eine Arealanalyse zur Fasnacht gemacht wurde. Als Fasnachtler weiss der Sprechende, dass bei Brennpunkten oft ein dichtes Gedränge herrscht, so dass Notsituationen nur schwer bewältigt werden können. Die gezielten Massnahmen an der Fasnacht mit deutlich signalisierten Fluchtwegen, vor allem Unter der Egg, wie auch die höhere Dichte an Sanitätsposten und die Erhöhung der Polizeipräsenz begrüsst die SVP-Fraktion. Hoffen ist vergleichbar mit dem Biss in eine saure Zitrone. Die Fraktion hofft auf eine Fasnacht ohne Paniksituationen und ohne Terror.

Seit dem letzten Bericht vor vier Jahren gibt es neue Bedrohungssituationen, wie Terror in Städten, und zwar nicht nur in grossen. Allein in diesem Jahr kamen in Westeuropa in Nizza, Mühlheim, Hamburg, Würzburg, Essen und Brüssel 140 Menschen bei Terroranschlägen ums Leben. Die Terrorgefahr ist real und wird meist so lange verdrängt, bis tatsächlich etwas passiert. Auch die Risiken einer Pandemie dürfen nicht unterschätzt werden. In den letzten

20 Jahren gab es drei Pandemien: Maul- und Klauenseuche, Vogelgrippe und Schweinegrippe. Angesichts der heutigen Globalisierung erachtet die SVP-Fraktion dieses Risiko als eher zu tief eingeschätzt.

Der Bericht zeigt einige grosse Risiken und Gefahren auf, die mit gezielten Massnahmen in annehmbarer Frist erarbeitet werden müssen.

Den Sicherheitsbericht 2016 wie auch den externen Bericht nimmt die SVP-Fraktion zustimmend zur Kenntnis.

Michael Zeier-Rast weiss nicht, ob es Zufall ist: 2013 wurde der Sicherheitsbericht ebenfalls am Zukunftstag beraten. Es ist gar nicht so schlecht, dann über Sicherheit zu sprechen, wenn Leute da sind, die unsere Zukunft sind, denn das ist eine Investition in die Zukunft. 2013 hat sich der Sprechende auf ein Bild im Bericht bezogen, das aufzeigte, wie vernetzt die einzelnen Risiken miteinander sind, und wie notwendig Vernetzung ist, damit die Sicherheit stabil ist. Wie von den Kollegen bereits erwähnt, sind im vorliegenden Bericht Massnahmen aufgeführt, und es wird ein Reporting gemacht. Die CVP-Fraktion findet das eine sehr positive Sichtweise. Ein Reporting vermittelt Sicherheit und das Gefühl, auf gutem Weg zu sein. Es ist vernünftig, ein Instrument wie den Sicherheitsbericht zu haben, und es ist gut, solche Massnahmen zu haben. Es ist auch gut, die Schwerpunkte zu sehen, auch wenn man sie in dieser Phase z. T. nicht so gut bearbeiten konnte, wie man gewollt hätte. András Özvegyi hat es vorher angesprochen: Hinter der objektiven Betrachtungsweise von Sicherheit gibt es die subjektive Empfindung von Sicherheit. Die subjektive Empfindung von Sicherheit hat auf die Wirkung von Sicherheit einen entscheidenden Einfluss. Wenn wir uns als Individuen nicht mehr sicher fühlen, nützen uns alle objektiven Studien nichts, und es stellt sich die Frage, was denn das wichtigste Gut für die Sicherheit ist. Das ist das Vertrauen. Ein Sicherheitsbericht ist ja auch eine Vertrauensmassnahme – eine vertrauensbildende Massnahme. Vertrauen zu haben in uns, in die Gesellschaft, ist ganz entscheidend für die Sicherheit. Bei allem, was wir tun, müssen wir immer auch vertrauen können. Wenn wir auf einer Bergtour unterwegs sind mit einem Bergführer, kontrollieren wir nicht jedes seiner Instrumente und Seile, das wäre auch gar nicht möglich. Nein, wir vertrauen ihm. Sicherheit hat wesentlich mit Vertrauen zu tun, und Vertrauen zu beeinflussen ist eine sehr schwierige Sache. Vertrauen ist wie ein wildes Pferd – als Reiter weiss Reto Kessler das: Wenn man beim Zutraulich-Machen eines Pferdes etwas falsch macht, haut es ab und ist weg. Wenn man es aber schafft, das Vertrauen des Pferdes zu gewinnen, lässt sich mit ihm durch die weite Steppe Amerikas reiten. Die Wahlen in den USA haben gezeigt, was umgekehrt passieren kann, wenn die Polarisierung einen extrem verunsichert, das Pferd plötzlich weg ist, und man auf sich selbst zurückgeworfen ist. Dann kommt der Faktor Angst, und man kann alle Berichte wegwerfen, denn dann handelt man unvernünftig. Der Sprechende möchte mitgeben, dass am Vertrauen gearbeitet werden muss. Vertrauen schaffen ist auch eine Arbeit, die das Parlament macht; die Zeichen, die es aussendet, bilden in der Gesellschaft Vertrauen oder eben auch nicht. Je extremer man miteinander umgeht und politisiert, je extremer man auseinander driftet in ideologischen Punkten, umso mehr leidet das Vertrauen. Diese Woche haben wir von der sogenannten grössten Demokratie der Welt erfahren, dass sie ein grosses Problem hat; dort fehlt das Vertrauen untereinander.

In diesem Sinn und Geist tritt die CVP-Fraktion auf den Sicherheitsbericht ein und dankt dem Stadtrat für den externen Bericht. Alle darin enthaltenen Massnahmen und der Weg sind

vernünftig und gut. Aber an gut' Vertrauen sind wir alle mitverantwortlich, wir können es beeinflussen oder eben auch kaputt machen.

UVS-Direktor Adrian Borgula dankt für die gute Aufnahme dieses Berichts. Der Grosse Stadtrat sieht, dass der Sicherheitsbericht ein wertvolles Instrument für die Stabilität der Sicherheit und die kontinuierliche Verbesserung der Sicherheitskultur ist. Die Lage wird eingeschätzt, es werden Massnahmen definiert und umgesetzt, die umgesetzten Massnahmen werden überprüft, und die Lage wird wieder beurteilt – immer im Kreis. Das ist ein gutes Prinzip. Aufgrund von Fakten werden neue Massnahmen definiert, alte justiert oder weggelegt, weil sie nicht mehr nötig sind. Die Stadt Luzern hat aus Sicht des Sprechenden eine erfolgreiche Sicherheitskultur, die prominente Nachahmung findet, so hat z. B. die Stadt München angeklopft. Wichtig ist auch die kontinuierliche Vernetzung der Akteurinnen und Akteure im Sicherheitsbereich – Simon Roth hat es erwähnt –, damit sie einander kennen. Das soll weiterentwickelt werden, morgen findet z. B. eine Übung des Gemeindeführungstabs statt. Sicherheit ist – wie soeben gehört im aufwühlenden Votum von Michael Zeier-Rast – objektiv und subjektiv. Trotz der ungünstigen Entwicklung der Weltlage kann man sagen: Die Sicherheitslage in der Stadt Luzern ist stabil. Man kann feststellen, dass der Umsetzungsgrad der Massnahmen gut ist, es werden aber auch bestehende Defizite benannt.

Bei jedem Sicherheitsbericht werden zusätzliche Massnahmen, Pakete, Elemente genauer untersucht, aktuell das Thema Sicherheit und Alter, das eine ganze Reihe von Massnahmen-schärfungen nach sich zieht, sowie der Umgang mit grossen Menschenmengen, die Gefährdung durch Massenpanik, kurz und neudeutsch: Crowdmanagement, woraus nicht nur Lehren für die Fasnacht gezogen werden, sondern auch für grosse Veranstaltungen, z. B. für Grosskonzerte auf der Allmend.

In der Kommission wie auch im Rat wurde angesprochen, dass im Bericht das Thema häusliche Gewalt fehlt, deshalb macht der Sprechende – wie versprochen – ein paar Ausführungen zu diesem Thema: Es ist immer schwierig abzugrenzen, welche Themen man in den Bericht aufnimmt und welche nicht. Es gibt immer Sicherheitsthemen, die nicht aufgenommen wurden. Aufgegriffen wurden primär Themen mit übergreifenden Dimensionen, wie Erdbeben oder Hochwasser. Etwas weniger häufig wird dagegen hinter die Türen geblickt, in Einzelfällen wird das aber trotzdem gemacht. Der Katalog ist selbstverständlich erweiterbar, so könnte man etwa auch soziale Unsicherheit durch Ungleichheit, ungleiche Bildungschancen, finanzielle Unsicherheit oder auch Sicherheit für Tiere und Pflanzen thematisieren. Der Umgang mit häuslicher Gewalt liegt heute primär in den Händen des Kantons Luzern und umfasst vier Elemente: Gewalt stoppen (Polizeiintervention); die Betroffenen unterstützen (Opferberatung und z. B. Frauenhaus); die Gefährdenden zur Verantwortung ziehen (in erster Linie Sache der Staatsanwaltschaft) und sie auch beraten, um sie weiterzubringen; Prävention (sehr wichtig, erfolgt im Moment durch die Koordinationsstelle Gewaltprävention und Bedrohungsmanagement beim Justiz- und Sicherheitsdepartement). Die Koordinationsstelle Gewaltprävention und Bedrohungsmanagement verfolgt eine breite Informationstätigkeit, lanciert Projekte und vernetzt alle Stellen im Kanton, die im Thema Gewalt involviert sind. Sie arbeitet interdisziplinär im Rahmen des Runden Tisches Häusliche Gewalt und Menschenhandel, sie nimmt am interkantonalen und nationalen Austausch mit den entsprechenden Koordinationsstellen teil. Die Federführung und Koordination liegt also beim Kanton Luzern. Ein

Fakt war beim Schreiben des Berichts nicht bekannt: Durch das Konsolidierungsprogramm 17 werden die präventiven Massnahmen auf ein Minimum reduziert. Die Koordinationsstelle Gewaltprävention und Bedrohungsmanagement (Bereich häusliche Gewalt) wird von 50 % auf 10 % reduziert, man verzichtet auf den Runden Tisch sowie auf Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen, man reduziert die Vernetzung, verzichtet auf interkantonalen Austausch und auf Projekte. Das findet der Stadtrat schlecht. Beim Schreiben des Sicherheitsberichts wusste er, dass die Behandlung des Themas häusliche Gewalt vorwiegend auf kantonaler Ebene läuft. Die Stadt Luzern muss schauen, ob sie da jetzt mehr Verantwortung übernehmen kann. Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 17 wurden einige Massnahmen finanziell nicht auf die Gemeinden abgewälzt, inhaltlich müssen die Massnahmen aber von jemandem umgesetzt werden, sonst kommt es in diesem Bereich zu einem Sicherheitsdefizit. Gemäss der Kriminalstatistik findet relativ viel häusliche Gewalt in der Stadt Luzern statt, aber es ist natürlich ein Thema, das den ganzen Kanton betrifft.

Der Sprechende greift noch ein paar weitere Aspekte auf, die genannt wurden:

Über die Eintretenswahrscheinlichkeit kann man selbstverständlich immer diskutieren. Man sollte ein Ereignis nicht absolut betrachten. Ein Erdbeben kann sehr stark, mässig oder kaum spürbar sein. Es ist aber nicht möglich, in dieser Darstellung noch eine zusätzliche Dimension einzuführen, deshalb nimmt man ein sehr schwerwiegendes Ereignis an. Einen Stromausfall gibt es häufiger, aber im Bericht wurde ein gravierender Stromausfall angenommen. Das grösste Gefährdungspotenzial für die Lebensumwelt haben wahrscheinlich ein Erdbeben und ein AKW-Unfall, aber diese Ereignisse sind zum Glück, hoffentlich sehr selten. Wichtig ist, dass in der Relation zwischen Häufigkeit und Schwere Massnahmen getroffen und entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Die Arbeitsgruppe, in der der Sprechende nicht dabei war, hat auch darüber diskutiert, ob „Flüchtlingswelle“ der richtige Begriff ist. Selbstverständlich ist für Leute, die aufgrund von Gewalt fliehen – und das sind sehr viele Menschen auf der Welt – die Sicherheitslage in der Stadt Luzern das Paradies. Es ist klar, die Sicherheitsbedrohung findet in den Herkunftsländern dieser Menschen statt. Auch Littering kann nicht unbedingt als ein Sicherheitsrisiko bezeichnet werden, aber es wird subjektiv z. T. als Bedrohung oder Gefährdung wahrgenommen. Das Thema wurde jetzt einfach so aufgenommen. Aus der Fussnote geht hervor, dass die Arbeitsgruppe sich Gedanken über den Begriff gemacht hat.

Der Stadtrat hat auch den Eindruck, dass die Eintretenswahrscheinlichkeit einer Schiffskollision vom Fachgremium etwas zu tief eingeschätzt wurde.

Natürlich sind die AKW jetzt drei Jahre älter, also kann man davon ausgehen, dass sie noch gefährlicher geworden sind. Egal wie die Abstimmung vom 27. November ausgeht, es werden sich noch Hunderte von Generationen mit dem Problem des Atommülls beschäftigen müssen. Der Stadtrat wurde angefragt, ob über dem Luzerner Fest eine Flugshow durchgeführt werden soll, und befand, aus Sicherheitsgründen sei darauf zu verzichten. Das war vor dem Unfall am Lopper. Der Stadtrat ist auf Kurs; er hat das Sicherheitsrisiko erkannt und entsprechend reagiert.

Es stimmt, der Sicherheitsbericht liegt auf der Managementebene und auf der Ebene des Faktischen, während der Wahlkampf in den USA sich auf der Ebene des Postfaktischen abspielte. Der Stadtrat versucht, die Fakten spielen zu lassen, und der Sprechende ist als Sicherheitsdirektor überzeugt: Studien und Berichte tragen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens bei, aber sie geben keine Garantie. Mit den Berichten kann man einerseits Mass-

nahmen auslösen und andererseits auch das Vertrauen geben, dass für die Sicherheit gesorgt wird.

Über ein Löschboot verhandelt die Stadt Luzern mit dem Kanton Luzern, der für die Finanzierung aus Spargründen nur 150'000 Franken zur Verfügung gestellt hat. Abgemacht ist ein Verteilerschlüssel 50/50, denn die Stadt Luzern braucht das Löschboot auch, um vom See aus am Ufer löschen zu können. Ein vernünftiges Löschboot kostet zwischen 400'000 und 600'000 Franken, das gibt es nicht ab Stange. Die Stadt Luzern hat den Evaluationsauftrag erteilt und wird versuchen, eine vernünftige Finanzierung sicherzustellen.

Natürlich könnte man jetzt noch einen Exkurs machen über amerikanische Verhältnisse, aber das hat der Sprechende Michael Zeier-Rast überlassen. Vertrauen ist selbstverständlich sehr wichtig, und der Sprechende hofft, dass es hier nicht zu solchen Zuständen wie andernorts auf der Welt kommen wird. Er ist froh, dass grundsätzlich noch relativ viel Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der Politik besteht.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B 22/2016: „Sicherheit in Luzern – Sicherheitsbericht 2016“ eingetreten.

DETAIL

Joseph Schärli: Vieles wurde schon gesagt, und trotzdem hat der Sprechende das Wort verlangt. Die Stadt Luzern hat ein Ölwehrboot, aber noch kein Löschboot. Der Sprechende hat ein Postulat eingereicht, welches entgegengenommen und gleich wieder abgeschrieben wurde. Der Sprechende hat dem Stadtrat Vertrauen geschenkt, aber es steht immer noch genau gleich wie damals im Bericht. Das regt den Sprechenden auf. Wenn morgen auf einem Schiff etwas passiert – oder im Frühling, wenn die Dampfschiffe wieder unterwegs sind –, wie wird die Stadt Luzern reagieren? Es wird gesagt, es sei schon früher verhandelt worden, aber das Ziel sei noch nicht erreicht. An den Vierwaldstättersee grenzen verschiedene Kantone. Da fragt sich der Sprechende, ob eine solche Beschaffung nur zwischen der Stadt und dem Kanton Luzern stattfinden muss. Und wenn es ennet der Seegrenze brennt, lässt man es dann einfach brennen, weil von der anderen Seite kein Geld kam? Der Sprechende kann nicht verstehen, dass nicht der nötige Druck ausgeübt wurde, damit heute in diesem Bericht etwas anderes stehen könnte.

Zum Flugzeugabsturz heisst es, dass mit einer Vielzahl Toten und teilweise Schwerverletzten zu rechnen ist, aber was dagegen gemacht wird, steht nirgends. Gleich ist es mit den Drohnen: Heute, wo so viele Drohnen herumschwirren, herrscht Absturzgefahr – was passiert dann?

Der Sprechende weiss nicht, ob er noch einmal einen Vorstoss bezüglich Löschboot einreichen muss, damit endlich etwas geht, und damit die Stadt Luzern gegenüber dem Kanton sagen kann, das Parlament mache Druck, es sei notwendig, jetzt zu handeln.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat ist auch nicht zufrieden. Es würde auf jeden Fall helfen, wenn das Parlament mit einer Protokollbemerkung Nachdruck ausüben würde. Die Stadt Luzern ist am Evaluieren, und sie hat ein Löschboot, es ist also nicht so, dass sie nichts hätte. Aber das Löschboot ist nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Selbstverständlich gibt es x Vorkehrungen auf den Schiffen selbst, die SGV ist nicht einfach blindäugig und wartet da-

rauf, dass allenfalls die Luzerner Feuerwehr löschen kommt. Im Auftrag des Kantons Luzern hat die Stadt Luzern den Löschauftrag auf dem See. Der Stadtrat hat sich auch schon überlegt, ob er diesen Auftrag zurückgeben sollte, weil er nicht mehr optimale Mittel dafür hat. Die Stadt Luzern hat Druck gemacht, aber der Kanton sagt einfach apodiktisch: Es gibt 150'000 Franken – fertig. Die Stadt Luzern hat das zur Kenntnis genommen und entschieden, selber zu evaluieren, was ein solches Boot kostet – auch wenn das eigentlich eine Kantonsaufgabe wäre. Nachher wird sie noch einmal mit dem Kanton Luzern verhandeln. Man könnte das Boot sicher auch zusammen mit anderen Kantonen beschaffen, diese sollten allerdings nicht allzu weit weg sein – bis nach Flüelen kann man von der Stadt Luzern aus nicht löschen gehen. Die Feuerwehr Luzern sowie auch alle anderen Feuerwehren kennen aber keine Kantons- und Gemeindegrenzen, wenn es nicht sein muss, das ist klar. Die Berufsfeuerwehr Luzern war z. B. schneller bei einem Einsatz an der Schachenstrasse in Kriens als die Krienser Feuerwehr. Die Berufsfeuerwehr rückt selbstverständlich unterstützend aus in andere Gemeinden. Sie hat auch gewisse Stützpunktaufgaben für die ganze Zentralschweiz und auch in einem grösseren Netz, so im Bereich Strassen-, Tunnel-, Zugunfälle, wo Menschen eingeklemmt werden. Da geht die Rettung auf jeden Fall vor.

Es ist natürlich nicht so, dass die Stadt Luzern bezüglich Flugzeug- oder Helikopterabsturz nichts machen würde. Sie kann wenig machen im Bereich Prävention (Flugsicherung und Flugzeugsicherheit), aber sie kann dafür sorgen, dass die Rettungskette funktioniert. Letztes Jahr wurde eine Gemeindeführungstabsübung durchgeführt; es wurde ein Helikopterabsturz auf dem Bahnhofvorplatz mit zwölf Toten skizziert. Das war die Übungsanlage, um zu überprüfen, ob man vorbereitet wäre, und wer was machen würde. Es war eine Trockenübung, die sehr viele Erkenntnisse brachte.

Drohnen sind im Umfeld von fünf Kilometern ab Flugplatz Emmen nicht erlaubt.

Christian Hochstrasser: Das sicherheitsrelevante Thema Löschboot ist der G/JG-Fraktion auch ein Anliegen. Bis jetzt hat der Sprechende keinen Antrag für eine Protokollbemerkung oder einen allfälligen späteren Vorstoss in diese Richtung gehört. Wenn es dazu käme, könnte die G/JG-Fraktion sicher Unterstützung signalisieren. Das Löschboot ist etwas Wichtiges, das man unbedingt auf dem richtigen Niveau bereithaben muss. Die Fraktion ist deshalb auf jeden Fall für ein Löschboot. Den Sprechenden irritiert aber, dass die gleiche Partei auf kantonaler Ebene massiv dazu beiträgt und mitträgt, dass der Kanton Luzern jetzt bis zum Irrsinn spart – die Ursachen dafür sollen an dieser Stelle offengelassen werden. Auf städtischer Ebene schießt diese Partei dann aber wieder gegen den Kanton und sagt, dieser mache seinen Job nicht richtig. Dass der Kanton Luzern kein Geld hat, ist wirklich nicht das Problem der Stadt Luzern.

Seite 14 f. 6 Antrag, Abstimmung

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht „Sicherheit in Luzern – Sicherheitsbericht 2016“.**
- II. **Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom extern erstellten Bericht „Sicherheitsbericht Stadt Luzern 2016“.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht 22 vom 21. September 2016 betreffend

Sicherheit in Luzern – Sicherheitsbericht 2016,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Vom Bericht „Sicherheit in Luzern – Sicherheitsbericht 2016“ wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Vom extern erstellten Bericht „Sicherheitsbericht Stadt Luzern 2016“ wird Kenntnis genommen.

3. Bericht und Antrag 23/2016 vom 21. September 2016: Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen; Änderung

EINTRETEN

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat diesen B+A ebenfalls am 20. Oktober beraten und verabschiedet. Mit dem B+A wird eine überwiesene Motion umgesetzt. Zukünftig soll es möglich sein, dass parlamentarisch abgestützte Gruppierungen oder Abstimmungskomitees ihre Meinung in den städtischen Publikationsorganen darlegen können, auch dann, wenn sowohl der Stadtrat als auch der Grosse Stadtrat für eine Initiative sind. Das Reglement hat bekanntlich eine Lücke. Die GPK hat den Änderungen am Ende mit 10 : 1 : 0 Stimmen zugestimmt und wird den Antrag auf eine Textänderung stellen (Zusatz: „Laufertext“). Es soll nicht möglich sein, dass jemand eine riesen Darstellung mit x Merkpunkten einreicht, weil es für die Verwaltung dadurch schwierig wäre, den Platz zu berechnen. Es wurde auch darüber diskutiert, ob die Frist zur Einreichung des Textes verlängert werden soll, ein entsprechender Antrag wurde aber abgelehnt.

Simon Roth: Die Motion, die zu dieser Reglementsänderung führte, war damals von der SP/JUSO-Fraktion auch überwiesen worden. Nach Meinung der Fraktion ist es legitim, dass auch eine Minderheit sich mit eigenen Worten im Rahmen des Abstimmungsbüchleins ausdrücken kann. Die Fraktion ist mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Umsetzung der Motion einverstanden und wird deshalb auf den B+A eintreten und ihm zustimmen.

Albert Schwarzenbach: Es gibt Themen, die immer wieder vorkommen – Kommunikation ist so ein Thema. Der Sprechende erinnert sich an die Vorstösse, in deren Rahmen episch breit über dieses Thema gesprochen wurde, und an das Reglement, das besprochen wurde und heute schon wieder geändert wird. Das ist kein Zufall, denn Kommunikation ist keine exakte Wissenschaft. Es gibt immer wieder Ermessensspielräume, Lücken, Interpretationsprobleme. Deshalb hat die CVP-Fraktion in allen diesen Diskussionen immer gesagt, mit starren Regeln, die die Realität nur zum Teil abbilden, ist eigentlich nichts anzufangen. Die Fraktion glaubte immer, dass auch Augenmass, Fingerspitzengefühl und die Kompetenz der städtischen Kommunikationsabteilung Argumente wären, um die Themen anzugehen, weil sich gewisse Dinge eben nur schwer regeln lassen. Jetzt ist es aber anders gekommen; das Reglement wurde in Kraft gesetzt und muss jetzt schon wieder geändert werden – und schon ist man wieder mit-tendrin in der Diskussion über Zeichenzahlen, Leerschläge, Zwischentitel, Fristen oder gar Illustrationen. Man überlegt sich, ob es eine parlamentarisch abgestützte Mehrheit oder vielleicht theoretisch sogar zwei oder drei geben könnte, die in der Abstimmungsbroschüre und in den städtischen Publikationsorganen zum Zug kommen und damit das heutige Bild verändern möchten. Die CVP-Fraktion möchte den Wettstreit um Details nicht verlängern und stellt nur fest, dass eine abschliessende, umfassende Lösung nur schwer zu finden ist. Am Schluss hängt sehr viel von der Praxis ab, womit der Sprechende wieder am Anfang seines Votums wäre. Die CVP-Fraktion akzeptiert die Beschlüsse der Mehrheit des Parlaments und denkt, wer A sagt, soll auch B sagen. Die Fraktion wird den Anträgen zustimmen, wenn auch mit sehr geringer Begeisterung.

Laurin Murer: Die G/JG-Fraktion ist mit dem neuen Vorschlag des Reglements über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen grundsätzlich einverstanden. Sie findet es wichtig, dass in der öffentlichen Kommunikation der Stadt Luzern alle Meinungen einen angemessenen Platz erhalten. Falls der Stadtrat und der Grosse Stadtrat aber einer Initiative zustimmen, steht im Abstimmungsbüchlein nur Positives, abgesehen von ein paar wenigen Zeilen der Fraktionen, die im Rat ein Votum dagegen hielten. Das war z. B. 2014 bei der Initiative für eine attraktive Bahnhofstrasse der Fall. Die G/JG-Fraktion wünscht sich, dass in solchen Fällen jene Fraktionen, die dagegen waren, bzw. die entsprechende parlamentarisch abgestützte Gruppierung, zusammen die im B+A vorgeschlagene zusätzliche Zeichenzahl bekommen, um auch noch eine andere Sicht auf die Initiative zu ermöglichen. Es ist der Fraktion wichtig, dass die Bürger umfassend informiert sind, d. h. über Pro und Kontra. Der B+A enthält auch noch eine Differenzierung des Textumfangs, auch damit ist die G/JG-Fraktion einverstanden.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die USA erlebten die „Entfaktifizierung“ der Politik; offenbar wiegen die Emotionen und Reality-TV-Shows mehr als Fakten. Die Sprechende ist froh, im Stadt-parlament von Luzern sprechen zu dürfen über Textlängen, über Fakten, die den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bei Abstimmungen eine fundierte Entscheidungsgrundlage liefern. Die FDP-Fraktion war zwar nie begeistert von der Idee, dass man Kommunikation in einem städtischen Reglement genau regeln könnte. Sie sieht es gleich wie die CVP-Fraktion: Kommunikation ist keine exakte Wissenschaft. Die FDP-Fraktion akzeptiert jedoch den demokratischen Entscheid der Mehrheit des Parlaments, die ein solches Reglement will. So wird die FDP-Fraktion auf den B+A eintreten und dem Antrag des Stadtrates inkl. der in der GPK ge-

troffenen Anpassung zustimmen.

Der vorliegende B+A schliesst eine Lücke. Die Sprechende wagt aber die Behauptung, dass es nicht das letzte Mal sein wird, dass der Grosse Stadtrat über eine Revision dieses Reglements spricht – genau wegen dieser nicht exakten Wissenschaft. Staatspolitisch ist es jedoch sehr wichtig, dass auch in Zukunft sehr viel Wert darauf gelegt wird, gegenüber der Bevölkerung mit Fakten und mit Respekt zu kommunizieren und nicht über populistische Emotionen.

Stefan Sägesser knüpft am Schlusswort von Sonja Döbeli Stirnemann an: Auch die GLP-Fraktion ist nicht für populistische Argumente, sie ist auch nicht für Korruption oder anderes, was im Zusammenhang mit der Wahl in den USA steht. So weit von den USA sind unsere Abstimmungen hier aber gar nicht entfernt.

Aber jetzt geht es um das Reglement: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Überarbeitung des Reglements über die Kommunikation bei städtischen Abstimmungen und ebenso den beiden Motionären Peter With und Adrian Wassmer für ihre Motion 202, die schlussendlich zur Überarbeitung des Reglements führte. Die GLP-Fraktion ist mit den Ausführungen zum bisherigen Reglement bzw. zu der einen grossen Lücke, die festgestellt und von den Motionären bemängelt wurde, grosso modo zufrieden und auch mit der Ausdifferenzierung der Zeichenzahl (natürlich inkl. Leerzeichen). Die Fraktion ist zufrieden und dankt allen Beteiligten für die Überarbeitung, auch wenn sie sich der CVP- und der FDP-Fraktion anschliesst, dass in dieser Thematik wohl noch nicht aller Tage Abend ist. Die GLP-Fraktion wird für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme votieren.

Peter With dankt dem Stadtrat für den B+A, der die kleine Lücke schliesst, die bei der Abstimmung über die Attraktivierung der Bahnhofstrasse leider festgestellt wurde. Es ist eine Kleinigkeit, aber doch ist es wichtig, dass in jedem Fall Gegner wie auch Befürworter die Möglichkeit erhalten, sich gegenüber den Stimmbürgern zu äussern. Mit der Reglementsanpassung ist das nun umgesetzt. Die SVP-Fraktion wird selbstverständlich zustimmen.

Christian Hochstrasser spricht nicht als Fraktionssprecher, sondern für die Minderheit der G/JG-Fraktion. Die Minderheit ist sich bewusst, dass auch die G/JG-Fraktion einmal in die Situation geraten könnte, in der die SVP-Fraktion bei der Abstimmung über die Bahnhofstrasse war, trotzdem ist sie der Meinung, dass das bestehende Reglement keine Lücke aufweist. Im Abstimmungsbüchlein, das der Stimmbevölkerung zugeschickt wird, kommen selbstverständlich die Initianten zu Wort. Diese haben das Ganze lanciert und können ihre Meinung innerhalb einer bestimmten Anzahl Zeichen ausbreiten. Wie bisher kommt in dem Büchlein auch der Stadtrat zu Wort, und zwar einstimmig, weil er als Kollegialbehörde funktioniert. Weiter kommen alle Fraktionen zu Wort, indem die Parlamentsdebatte abgebildet wird. Wenn eine Minderheit im Parlament, z. B. eine Fraktion, eine andere Meinung hat, kann sie sich nach der neuen gesetzlichen Regelung einzig aufgrund ihrer anderen Meinung zusätzlich ausbreiten. Aus Sicht der G/JG-Fraktionsminderheit ist nicht nachvollziehbar, warum alle anderen Fraktionen, die vielleicht die Mehrheitsmeinung vertreten, auf 14 Zeilen abgehandelt werden, während eine andere Fraktion mit einer anderen Meinung 2'000 oder 3'000 Zeichen – je nachdem, was heute beschlossen wird – zur Verfügung hat, um sich auszubreiten. Die Fraktionsminderheit wird auf den B+A eintreten, weil die Motion überwiesen wurde, und somit ein Auftrag besteht. Die Reglementsänderung wird sie aber ablehnen.

Stadtpräsident Beat Züsli: Das Reglement wird mehr oder weniger geliebt. Aus Sicht des Stadtrates hat es sich aber bewährt. In den letzten Jahren, in denen es im Einsatz war, gab es wenige Diskussionen, vielmehr vermochte das Reglement vorangegangene Diskussionen zu klären. Der Auftrag der Motion 202 war es, eine Lücke zu schliessen oder einen Mangel zu beheben. Wie gross diese Lücke ist und ob es sie überhaupt gibt – ob eine Minderheit bei der Annahme einer Initiative zu Wort kommen soll oder nicht bzw. nur über die Berichterstattung aus dem Rat –, ist schlussendlich eine politische Frage. Der Stadtrat hat den Mangel entsprechend der Motion aufgenommen und einen Vorschlag unterbreitet, welcher gut aufgenommen und getragen wird – dafür bedankt sich der Sprechende. Der Stadtrat unterstützt den Korrekturantrag der GPK zum Thema Lauftext.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 23/2016 eingetreten.

DETAIL

Seite 5 ff. 2 Anpassungen im Reglement

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli beantragt namens der GPK, in Art. 4 Abs. 2 und 3 die Anzahl Zeichen jeweils zu ergänzen mit „Lauftext“. In Abs. 2 Bst. a würde es beispielsweise heissen: „[...] einen Artikel von 4'000 Zeichen Lauftext (inklusive Leerzeichen)“.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher stellt fest, dass es keinen Gegenantrag gibt. Der Stadtrat hat erklärt, den Antrag entgegenzunehmen, somit wird diese Änderung Teil der Abstimmung.

Seite 8 ff. 4 Antrag, Abstimmung

- I. **Der Grosse Stadtrat stimmt der Reglementsänderung mit 37 : 5 : 0 Stimmen zu.**
- II. **Die Motion 202 wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 23 vom 21. September 2016 betreffend

**Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen
Änderung,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1, Art. 28 Abs. 1, Art. 36 Abs. 2 lit. i und Art. 56 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. 1. Das Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen wird wie folgt geändert:

Art. 4 Kommunikationsmassnahmen

¹ (bleibt unverändert)

² Ein Initiativ- oder Referendumskomitee (fakultatives oder konstruktives Referendum) erhält folgenden Platz zur Darstellung seiner Haltung:

- a. im städtischen Publikationsorgan: einen Artikel von 4'000 Zeichen **Lauftext** (inklusive Leerzeichen);
- b. in den Abstimmungserläuterungen: 6'000 Zeichen **Lauftext** (inklusive Leerzeichen).

³ Eine parlamentarisch abgestützte Gruppierung gegen die Vorlage wie z. B. ein Abstimmungskomitee oder eine parlamentarische Minderheit erhält bei einer Initiative oder einem umstrittenen obligatorischen Referendum folgenden Platz zur Darstellung ihrer Haltung:

- a. im städtischen Publikationsorgan: einen Artikel von 2'000 Zeichen **Lauftext** (inklusive Leerzeichen);
- b. in den Abstimmungserläuterungen: 3'000 Zeichen **Lauftext** (inklusive Leerzeichen).

⁴ Texte für die möglichen Kommunikationsmassnahmen gemäss Abs. 2 und 3 sind wie folgt bei der Stadtkanzlei einzureichen:

- a. Initiative oder andere Vorlage mit umstrittenem obligatorischem Referendum: spätestens bis am nachfolgenden Montagmittag nach der Beschlussfassung im Grossen Stadtrat;
- b. fakultatives oder konstruktives Referendum: spätestens mit der Einreichung des Referendums.

⁵⁻⁶ (bleiben unverändert)

2. Diese Änderung tritt am 1. Februar 2017 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

- II. Die Motion 202, Peter With und Adrian Wassmer namens der SVP-Fraktion vom 4. Juni 2014: „Anpassung Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen“, wird als erledigt abgeschrieben.

- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**4. Bericht und Antrag 20/2016 vom 24. August 2016:
Projekt: Sportarena Allmend Luzern;
Abrechnung des Sonderkredits gemäss B+A 23/2008**

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla: Die Bildungskommission hat an ihrer Sitzung vom 20. Oktober den B+A 20/2016: „Projekt Sportarena Allmend Luzern. Abrechnung des Sonderkredits gemäss B+A 23/2008“ beraten und gutgeheissen. Sie stellt mit Freude fest, dass die städtischen Aufwände für die diversen neuen Sportanlagen auf der Allmend – Fussball- und Leichtathletikstadion, Ausbau Hallenbad, Schiesssporthalle Zihlmatt, Bocciodromo, Fussballfelder und neue Garderobengebäude Allmend Süd – schlussendlich rund 6,5 Mio. Franken tiefer ausgefallen sind als ursprünglich im 2008 bewilligten Ausführungskredit. Die Kommissionsmitglieder sind sich einig, dass die Realisierung des PPP-Projekts äusserst erfolgreich und in soliden finanziellen Bahnen verlaufen ist. Den städtischen Sporttreibenden steht seit 2011 moderne Infrastruktur zur Verfügung. Die Bildungskommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat einstimmig, der Abrechnung des Sonderkredits zuzustimmen.

Marcel Lingg: Die Allmendplanung ist eine gefreute Sache. Heute werden die Teilprojekte Fussballstadion und Sportgebäude mit dem Rechenschaftsbericht politisch abgeschlossen. Man darf aber nicht vergessen, dass es in der Allmendplanung viel weiter ging; es ging auch um das neue Messewesen und um die Tieferlegung der Zentralbahn. Rückblickend war es natürlich eine aufwühlende Zeit. Es ist wie bei vielen anderen grossen und zukunftssträchtigen Projekten immer mit Widerstand zu rechnen. Es gab leider auch von bürgerlicher Seite grossen Widerstand, dieser tat dem Sprechenden fast mehr weh als jener von der linken Seite. Summa summarum kamen dann zwei Sonntagmorgen, an denen man etwas nervös war, bis man erfuhr, dass die Abstimmungen – wenn auch nur knapp – gut ausgegangen waren, so dass das Zukunftsprojekt Sportstadion/Vision Allmend realisiert werden konnte. Angesichts des zeitlichen Abstands geht der Sprechende davon aus, dass die damaligen Gegner heute auch eine etwas andere Ansicht haben, und dass der damalige Widerstand vielleicht doch nicht ganz so heftig hätte ausfallen müssen. Der Sprechende will nicht ins Detail der Abrechnung gehen, das wurde in der Bildungskommission sehr intensiv diskutiert. Die Kommission ist auf die einzelnen Positionen eingegangen und hat eine kleine Korrektur verlangt. Heute wird deshalb nicht über das Beschlussdispositiv des B+A, sondern über dasjenige des StB 626 abgestimmt. In diesem Sinn stimmt die SVP-Fraktion dem B+A zu. Der Sprechende freut sich bereits auf den nächsten Match in der Swissporarena.

Reto Kessler: Die Allmend hat einen echten Mehrwert für Sport, Gesellschaft und Verkehr erhalten. Aus vielen einzelnen Projekten, die z. T. heftig umkämpft waren, wurde ein gemeinsames Projekt gemacht – das dürften am Schluss auch alle begrüsst haben. Zentralbahn, Messe, Aufwertung der Aussenplätze, Sport, Wohnen und Lebensraum haben alle gewonnen mit der Allmend. Alle Parteien haben am gleichen Strick gezogen und sind im Sinn der Sache die nötigen Kompromisse eingegangen – das ist ein Gewinn für die Stadt Luzern. Dafür gebührt den Parlamentariern und dem Stadtrat Dank sowie auch den ehemaligen Stadträten, die das Projekt unter der Leitung des damaligen Baudirektors Kurt Bieder zum Fliegen ge-

bracht haben. Erfreulich ist, dass das Resultat schlussendlich mit 6,5 Mio. Franken Minderkosten abschliesst. Der Sprechende möchte auch nicht auf alle Punkte, die in der Bildungskommission besprochen wurden, eingehen. Ein paar Sachen möchte er aber loswerden: Einerseits fällt ihm auf, dass relativ viele Rückstellungen gemacht wurden. Das hat ein bisschen erstaunt, auf der anderen Seite kann der Sprechende es aber auch nachvollziehen, weil es sich um einen Haufen Teilprojekte handelte. Der Sprechende hat bei der Baudirektion nachgefragt, warum die Unterwasser-Detektion damals nicht geplant wurde, und lernte, dass das vor zehn Jahren noch gar nicht nötig war. Dem Sprechenden ist aufgefallen, dass die Preise in den revidierten Kostenvoranschlägen praktisch immer viel höher waren als in den Kostenvoranschlägen. Wenn man sich in der Baubranche bewegt, weiss man, dass die Offerten meistens eher günstig sind, weil es ja darum geht, den Auftrag zu erhalten, und am Schluss bei der Revision der Kostenvoranschläge wird dann noch draufgeschlagen. Der Sprechende bittet die zuständigen Stellen, das in Zukunft gut zu prüfen, damit keine Mehrkosten entstehen. Auch speziell war, dass es im Bereich Elektro, Sanitär, Heizung, Lüftung, Klima zum grössten Teil immer Kostenüberschreitungen gab, so etwa von 61 % auf 524 %. Das ist für den Sprechenden sehr fragwürdig. Entweder wurde nicht sauber ausgeschrieben, oder die Überschreitungen sind auf Sachen zurückzuführen, die vergessen gingen. Es lohnt sich, sich die Zeit für eine sorgfältige Planung zu nehmen.

Die FDP-Fraktion ist aber sehr zufrieden damit, wie das ganze Projekt abgeschlossen werden konnte, und freut sich schon auf die vielen schönen Veranstaltungen. Die Fraktion tritt auf den B+A ein und wird der Abrechnung des Sonderkredits zustimmen.

Mirjam Fries: Mit dem KKL hat die Stadt Luzern im Bereich Kultur ein städtebauliches Vorzeigeprojekt. Auch im Sport hat sie ein solches Vorzeigeprojekt, aber nicht nur das: Die Sportarena Allmend steht als Wahrzeichen für die ganze räumliche Entwicklung im Gebiet der Allmend und ist auch ein Beispiel für ein gelungenes Public Private Partnership-Projekt – oder einfacher gesagt, für eine gute Zusammenarbeit der öffentlichen Hand und privater Investoren. Das KKL und die Sportarena Allmend haben eines gemeinsam: Sie mussten am Anfang mit grossem Widerstand rechnen. Die CVP- und die FDP-Fraktion sind aber immer hinter diesem Projekt gestanden. Schlussendlich wurde eine gemeinsame Lösung gefunden, und auch die Bevölkerung hat klar Ja gesagt zum Projekt. Heute steht auf der Allmend ein architektonisch ausgezeichnetes Ensemble von Stadion, Sportgebäude mit Hallenbad und Wohntürmen. Weiter aufgewertet wurde die Allmend schliesslich mit der neuen Messe und durch die Erschliessung mit der Zentralbahn. Heute ist das Gebiet nicht nur für den Sport und die sportlich aktiven Luzernerinnen und Luzerner attraktiv, sondern für die ganze Bevölkerung. Im vorliegenden B+A geht es um die finanzielle Abrechnung des Projekts, und auch diese ist durchaus erfreulich. Bei einem Investitionsvolumen von 103,8 Mio. Franken vonseiten der Stadt Luzern schliesst die Abrechnung teuerungsbedingt mit 6,5 Mio. Franken Minderkosten ab. In vielen Bauprojekten ist ja das Umgekehrte der Fall, d. h., man muss mit Kostenüberschreitungen rechnen. Man darf darauf hinweisen, dass es wirklich auch ein anspruchsvolles Projekt war. Es wurde ein Investorenwettbewerb durchgeführt, und es war ein PPP-Projekt. Das Projekt war in diesem Sinn auch für die Stadt Luzern teilweise neu, und heute ist es für andere Städte ein Vorzeigebispiel. Die grösste Abweichung gegenüber dem Projektbudget besteht im Bereich der Vorzone, also bei den Umgebungsarbeiten. Dank guter Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern und mit den anderen Projekten Zentralbahn und Messe konnte die Stadt Luzern von

Synergien profitieren. Zusammenfassend ist es für die CVP-Fraktion generell ein erfreuliches Projekt, sie ist auch erfreut über die Kostenunterschreitung. Sie wird auf den B+A eintreten und ihm zustimmen.

Daniel Furrer: Das Projekt Allmend hat die Bürgerinnen und Bürger bewegt, wie das wenige Projekte in der Stadt Luzern tun. Das zeigt auch die rekordhohe Wahlbeteiligung von 2008, als es um ein Ja oder Nein zu diesem Projekt ging. Auch von den Dimensionen her war es ein spezielles und vor allem ein sehr grosses Projekt. Allein die Stadt Luzern hat sich mit über 100 Mio. Franken daran beteiligt. Dass Grossprojekte ihre Tücken haben und schnell in finanzielle Untiefen geraten, kommt leider öfter vor, als einem lieb ist. Umso erfreulicher ist die vorliegende, korrigierte Abrechnung, die einen Minderaufwand von 6,37 Mio. Franken beträgt. Wie im Bericht zu lesen, ist das positive Endresultat vor allem auch darauf zurückzuführen, dass verschiedentlich Synergien genutzt werden konnten mit der Zentralbahn und vor allem auch mit dem Kanton Luzern. Das findet die SP/JUSO-Fraktion besonders erfreulich, denn die Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern funktioniert leider nicht in allen Bereichen so gut wie in diesem Projekt. In diesem Sinn erlaubt sich der Sprechende, vielleicht auch im Namen des Parlaments, einen Dank an den Kanton Luzern auszusprechen für die Zusammenarbeit und vor allem auch für die Kostenbeteiligung.

Im Bericht wird verschiedentlich und in höchsten Tönen das PPP-Modell gelobt. Bis zum heutigen Zeitpunkt kann man das wahrscheinlich durchaus machen, denn im Moment funktioniert es. Allerdings möchte der Sprechende trotz dieser Euphorie darauf hinweisen, dass man sich immer noch in einer Schönwetterphase befindet. Es herrscht noch keine Krise, der FCL kann immer noch in der obersten Liga mithalten, und die Zuschauerzahlen stimmen. Wie knapp gerade im Bereich von Stadien und Fussballclubs gerechnet wird, zeigt das aktuelle Beispiel des FC Thun; die Stadt Thun muss einen finanziellen Unterstützungsbeitrag an den FC leisten, um den Club zu retten. Diese Diskussion spart sich der Grosse Stadtrat vielleicht besser für ein anderes Mal auf, sie soll ihm die Freude am positiven Abschluss dieses Projekts im Moment nicht nehmen. Die Stadt Luzern hat eine moderne Sportinfrastruktur mit einem attraktiven Hallenbad und einem wunderschönen Stadion erhalten, und der FC Luzern konnte letzten Sonntag in der Nachspielzeit gegen YB noch ausgleichen – im Moment sieht es also fast nach einem Happy End aus. Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Urban Frye: Die G/JG-Fraktion freut sich, dass nach Abschluss der Gesamtrechnung 6,5 Mio. Franken weniger ausgegeben werden mussten. Es zeigt auch, dass es eben Sinn macht, Synergien zu nutzen und Investitionsprojekte (private oder öffentliche) aufeinander abzustimmen. Der Sprechende mag aber, wie Daniel Furrer, nicht so ganz in das Loblied auf PPP-Projekte einstimmen. Die Fraktion ist der Meinung, dass Projekte, die in erster Linie zum Nutzen der Gesamtbevölkerung erstellt werden, auch von der öffentlichen Hand finanziert werden sollten. Im Gegensatz dazu sollten kommerzielle Projekte, wie z. B. die Messe, nicht mit öffentlichen Geldern subventioniert werden. Nach wie vor erachtet der Sprechende das Konstrukt um das Fussballstadion als problematisch. Die Steuerzahler haben letztendlich einer gewinnorientierten, kommerziell geführten Fussball AG fast die gesamte Infrastruktur geschenkt, damit diese ihr Geschäft betreiben kann, ohne dass die Öffentlichkeit aber ein Mitspracherecht und Einsicht in die Zahlen hätte. Letztlich ist das, Daniel Furrer hat es gesagt, eine

Schönwetterkonstruktion und eigentlich eine Versicherung der privaten Besitzer – Thun zeigt es jetzt gerade –, weil die Stadt, falls etwas schief laufen sollte, zumindest moralisch in der Pflicht steht, mit finanziellen Beiträgen einen drohenden Konkurs abzuwenden. Man muss sich auch überlegen, was man bei PPP-Projekten eigentlich verliert. Da ist einerseits die öffentliche Hand, die plant und erstellt, und dann eben einer in sich geschlossenen Organisation, sei es eine Aktiengesellschaft wie beim FCL oder eine Stiftung wie beim KKL, die Infrastruktur übergibt. Was verloren geht, ist die Partizipationsmöglichkeit der Bevölkerung in der Gestaltung, wie ein solches Projekt weitergeführt werden soll. Es gibt sehr wohl andere Möglichkeiten, und man hat ja in der Phase, in der das Stadion erstellt wurde, den Verein, in dem alle mitmachen und mitreden konnten, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Zukünftig, das hat auch die ganze Geschichte um die Salle Modulable gezeigt, sollten die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung viel mehr berücksichtigt werden. Man sollte sich überlegen, ob gemeinschaftliche Organisationsformen, seien es Genossenschaften oder Vereine, nicht das bessere Modell wären als das PPP-Modell. Die G/JG-Fraktion wird eintreten und zustimmen.

Jules Gut: Auch die GLP-Fraktion bedankt sich sehr herzlich bei den vielen Personen, die für das sehr erfolgreiche private Mitbeteiligungsprojekt zusammengearbeitet haben. Aus Sicht der Fraktion ist für die kleine Stadt Luzern wahrscheinlich gar kein anderer Ansatz möglich, als Private mit ins Boot zu nehmen. Für die GLP-Fraktion ist die Sportarena Allmend eine gefreute Sache, und das Projekt konnte ja sogar deutlich unter den Projektkosten abgewickelt werden. Der Grosse Stadtrat als Hobby-Parlament ist nun aufgefordert, die Abrechnung abzunehmen, und da zeigt sich einmal mehr die Grenze unseres Systems: Aufgrund der vorliegenden Zahlen abschliessend über das Projekt zu urteilen, ist ein gewagter Schritt, zumal die Komplexität es mit sich bringt, dass die Bauabrechnung noch gar nicht abgeschlossen ist, was sich im B+A allein schon an den Rückstellungen zeigt. Zudem ist die GLP-Fraktion gespannt auf die bis heute fehlende Kunst am Bau und würde sich freuen, wenn die Baudirektorin über den aktuellen Stand informieren könnte.

Abschliessend erlaubt sich der Sprechende noch die Bemerkung, dass in der Schweiz jede zweite Sportveranstaltung ein Fussballmatch ist. Fussball ist das mit Abstand grösste Integrationsprojekt der Schweiz. Lokale Fussballvereine, insbesondere auch jene mit einem hohen Ausländeranteil, was in der Stadt Luzern nicht selten ist, leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Integration, z. B. auch von Secondos. Spielen dürfen die Kids nur, wenn sie die schulische Leistung erbringen. Disziplin, Teamgeist und das Akzeptieren von Regeln werden eingefordert. Das alles machen die Sportvereine sehr oft fast zum Nulltarif. Wenn man das mit zusätzlichen Schulbetreuungsfachpersonen abdecken müsste, käme es die Stadt Luzern wahrscheinlich um ein x-Faches teurer zu stehen, als wenn sie der hier kritisierten kommerziellen Fussballgesellschaft mit ein paar Millionen Franken hilft, ein gutes Projekt aufzugleisen. Aus Sicht der GLP-Fraktion übernimmt Fussball eine sehr wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die Fraktion nimmt die vorliegende Abrechnung entgegen und stimmt dem B+A zu.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für die kurzen und positiven Voten. Es ist für den Stadtrat effektiv ein sehr erfreuliches Projekt, das gut 6 Mio. Franken unter dem Budget abschloss. Selbstverständlich schliesst sich der Stadtrat auch dem Dank an alle an, die sich in der Vergangenheit sehr stark für dieses komplexe Projekt eingesetzt haben sowie auch an jene, die jetzt

und in Zukunft dort tätig sind und sich unermüdlich für den Erfolg der verschiedenen Anlagen einsetzen. Der Blick muss über alles gehen, also auch über das grosse Projekt Zentralbahn, das Messeprojekt und den wichtigen Natur- und Erholungsraum, der geschaffen wurde. Es ist eine Vergangenheitsbetrachtung, und für den Stadtrat ist das Projekt in zweierlei Hinsicht positiv verlaufen, nämlich sowohl bezüglich Finanzen als auch bezüglich der innovativen Partnerschaft, die damals nicht selbstverständlich war und sehr positiv verlaufen ist. Das Gesamtprojekt hat von seinem Umfang und Aufwand wie auch von der ganzen Herangehensweise her eine besondere Dimension und ist in diesem Sinn wirklich ein Vorzeigeprojekt. Das raumplanerische Konzept wurde in sehr kooperativer Weise entwickelt, der Weg ging dann weiter zum Investorenwettbewerb bis hin zur Realisierung der unzähligen Bauten. Auf der Allmend, wo so viele Veränderungen passierten, und viele Vereine Veränderungen in Kauf nehmen mussten, war das Motto immer: Es darf niemand verlieren, es müssen alle gewinnen – die Sprechende glaubt, das wurde in diesem Projekt vorbildlich erreicht. Aus Sicht des Stadtrates zeigt das Allmend-Projekt aber auch auf, was möglich ist, wenn eine Stadtgemeinschaft zu Konsens, Kompromiss und gemeinschaftlichem Handeln bereit ist und sich in ein grosses Vorhaben wagt. Die Kommunikation hat damals übrigens eine ganz wichtige Rolle gespielt. Von der Erfahrung, die in dieser komplexen PPP-Form gesammelt wurde, hätte der Stadtrat natürlich gern auch im Zusammenhang mit der Salle Modulable profitiert.

Es ist für den Stadtrat sehr positiv, dass unter Budget abgeschlossen wurde. Möglich war das dank vieler Synergien, die genutzt werden konnten. Die Sprechende dankt der äusserst exakten und kritischen Bildungskommission dafür, dass sie den Stadtrat auf die Unklarheit aufmerksam gemacht hat, sodass mit StB 626 die entsprechende Korrektur vorgenommen werden konnte. Die Minderkosten sind immer noch sehr deutlich und gross, das Ergebnis hat sich aber um zirka 0,19 % verschlechtert.

Zum Thema Kunst am Bau: Das Projekt „Der Klotz“ wurde nicht für gut befunden, und der Kredit wurde abgerechnet. Es laufen jetzt Überlegungen bezüglich künstlerischer Gestaltung der ganzen Zone. Viel mehr Konkretes kann die Sprechende noch nicht sagen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 20/2016 eingetreten.

DETAIL

Seite 15 3.1.3 3.5 und 3.9 Stadionneubau

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Hierzu gibt es den bereits erwähnten StB 626, auf den sich die Schlussabstimmung beziehen wird.

Seite 40 4.5 Infrastruktur auf der Vorzone

Stefan Sägesser hat eine Frage betreffend den hässlichen „Klotz“: Warum wurde der Kredit abgeschrieben, wo doch das Thema Kunst im öffentlichen Raum gar nicht abgehandelt, sondern einfach verschoben wurde? Es finden sich im B+A zwar Erläuterungen, wie es dazu kam. Es ist aber schade, dass dieses leidige Thema – leidig, weil Kunst am Bau oder im öffentlichen Raum, wenn in Projekten separat ausgewiesen, vom Parlament bis anhin abgelehnt wird – nicht weiterhin als Aufgabe wahrgenommen wird, schliesslich hätte man den Kredit in diesem

Fall bereits gehabt. Allenfalls wird der Sprechende dazu eine Protokollbemerkung stellen. Er wäre froh um eine kurze Erläuterung.

Baudirektorin Manuela Jost kann nicht viel mehr sagen, als im B+A steht. Man arbeitet daran, und der Stadtrat hat ein grosses Interesse, dass etwas realisiert werden kann. Das wird entsprechend für 2018 budgetiert werden, d. h., nächsten Frühling muss man die ungefähren Eckdaten wissen. Es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, dass das Thema Kunst in diesem Grossprojekt nicht einfach unter den Tisch gekehrt wird, sondern wirklich realisiert werden kann, in welcher Form auch immer.

Seite 45 f. 6 Antrag, Abstimmung

Ratspräsidentin Katharina Hubacher ruft in Erinnerung, dass über den StB 626 abgestimmt wird.

Der Grosse Stadtrat genehmigt die Abrechnung einstimmig.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 20 vom 24. August 2016 betreffend

**Projekt: Sportarena Allmend Luzern
Abrechnung des Sonderkredits gemäss B+A 23/2008,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 69 lit. b Ziff. 8 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Die vorgelegte Abrechnung des Sonderkredits gemäss B+A 23/2008: „Sportarena Allmend Luzern: Realisierung des Siegerprojekts KOI“, inklusive der Korrektur gemäss StB 626 vom 2. November 2016, wird genehmigt.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher bedankt sich und wünscht einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 16.50 Uhr

Luzern, 12. Januar 2017

Die Protokollführerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Isabelle Ryf' in a cursive style.

Isabelle Ryf

Eingesehen von:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Daniel Egli' in a cursive style.

Daniel Egli, Stadtschreiber-Stv.